

Gibt sich die Schweiz selber auf?

von Christoph Blocher, a. Bundesrat

**Ansprache anlässlich der „Schweizerzeit“-Herbsttagung
vom 28. November 2015**

<p>Es gilt sowohl das gesprochene wie das geschriebene Wort, wobei sich der Referent vorbehält, stark vom Manuskript abzuweichen.</p>

www.blocher.ch
www.schweizerzeit.ch

Inhalt

Gibt sich die Schweiz selber auf?

- I. Vom Armenhaus zum Erfolgsmodell
- II. Unabhängigkeit als wichtigste Staatssäule
- II.1 Institutionelle EU-Anbindung
- II.2 Schädliche Personenfreizügigkeit
- II.3 Asylchaos – europaweit
- II.4 Schengen/Dublin ist gescheitert
- III. Gefährdete direkte Demokratie
- IV. Bedrohte Neutralität
- V. Föderalismus wird untergraben
- VI. Sozialismus statt liberale Marktwirtschaft

Herr Präsident,
Herren Nationalräte,
Liebe Leserinnen und Leser, Freundinnen und Freunde der „Schweizerzeit“,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebi Fraue und Mane,

I. Vom Armenhaus zum Erfolgsmodell

Warum ist die Schweiz vom Armenhaus Europas zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt aufgestiegen? Warum hat sich dieses von Natur aus arme Land – klein, ohne Binnenmarkt, mit einer hindernisreichen Gebirgslandschaft, ohne Meeranschluss, ohne Bodenschätze, kompliziert mit vier Sprachen, vielen Kulturen und unterschiedlich religiösen Bekenntnissen – zu einem **prosperierenden Land** entwickelt?

Wir Schweizer sind nicht die besseren, tüchtigeren, weiseren, kreativeren Menschen. Wer es gründlich analysiert, wird merken: Wir sind das alles nicht. Aber der Erfolg unseres Landes gründet im "Sonderfall". Die Schweiz ist in vielem anders als die anderen. Vor allem: Sie hat eine besondere Staatsform. Sie ruht auf soliden Staatssäulen, die sich in der Lebenswirklichkeit bewährt und uns dauerhaften Frieden und einen einzigartigen Wohlstand gebracht haben. **Selbstverständlich waren diese Staatssäulen in wesentlichen Teilen schon vor 1848 im Bund der alten Eidgenossen angelegt.** Nicht zufällig begann ja die noch heute gültige Bundesverfassung mit denselben Worten wie der Bundesbrief von 1291: **„Im Namen Gottes, des Allmächtigen“.**

Welches sind denn die tragenden Staatssäulen? Es ist so einfach: **Die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie, die dauernd bewaffnete Neutralität, der Föderalismus, die Freiheits- und Menschenrechte und die liberale Marktwirtschaft.** Das sind die Erfolgsfaktoren.

Aber **jede einzelne dieser Staatssäulen ist heute trotz ihrer eindrucklichen Erfolgsgeschichte bedroht – im Innern bedroht noch mehr als von aussen**. Darum sei besorgt die Frage gestellt: ***Gibt sich die Schweiz selber auf?*** Oder gar: **Schafft sich die Schweiz selber ab?**

II. Unabhängigkeit als wichtigste Staatssäule

Wie steht es mit der wichtigsten Säule unseres Erfolgsmodells, der staatlichen Unabhängigkeit? Wer nicht unabhängig ist, kann nicht selber entscheiden, hat sich also abgeschafft. Die Schweiz ist seit hunderten von Jahren zwar **weltoffen** und treibt mit allen Ländern der Welt Handel, aber sie wehrte sich stets standhaft gegen Fremdbestimmung. Unsere Vorfahren waren gezwungen, erfindungsreich zu sein, qualitativ hochwertige Produkte herzustellen und – ohne Binnenmarkt – überall auf der Welt Abnehmer zu finden. Schon vor 350 Jahren haben sich afrikanische Häuptlinge gefreut über die bunten Tücher aus dem Glarnerland! Die Strohhüte aus dem Aargau fanden international reissenden Absatz, zum Beispiel in Ägypten. Aber bei aller globalen wirtschaftlichen Offenheit: Bestimmen wollten die Schweizer selber. "Wir wollen keine fremden Richter haben" – das ist seit über 700 Jahre die Devise. Und immer wenn diese Devise aus den Händen gegeben wurde, ging es schief! (Selbstverständlich sind die Regierenden mitunter auch vom Weg abgekommen und haben fremden Monarchen „gehöbelt“, geschmeichelt und gehorcht – mit schlechten Folgen, wie etwa das Beispiel Napoleons zeigt, der es mit seinen schön tönenden Schlagworten „liberté“, „égalité“, „fraternité“ einzig auf die Kontrolle der Bergpässe und auf den Raub des Staatsschatzes abgesehen hatte.

Die Schweiz musste sich an der Kontinentalsperre gegen England beteiligen, denn sie gehörte zum napoleonischen Binnenmarkt. Sie ist daran fast ausgeblutet.

Darum hütet Euch vor den Binnenmärkten.)

Gerade solche üblen Erfahrungen sollten sich im neugegründeten Bundesstaat von 1848 nicht wiederholen. Der Berner Ulrich Ochsenbein – die leitende Kraft für die neue Verfassung – verkündete damals öffentlich: **„Sollte aber das Unwahrscheinliche, eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz, versucht werden, so soll die Welt wissen, dass die Schweiz, stark durch ihr gutes Recht, gross durch die überall hin verzweigten Sympathien aller freien und nach Freiheit ringenden Völker, die letzte Kraft und das letzte Herzblut aufzuopfern wissen wird, ihre von den Vätern in so mancher heissen Schlacht erkämpfte Unabhängigkeit zu wahren.“**

Meine Damen und Herren,

Der Bundesrat und die Volksvertreter werden in wenigen Tagen feierlich ihren Eid auf die Verfassung ablegen, wo in Artikel 2 steht: **„Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“**

II.1. Institutionelle EU-Anbindung

Doch was passiert heute? Bundesbern ist bereit, der EU entgegenzukommen, welche die Schweiz jetzt institutionell in die EU integrieren will. Verharmlosend wird es "Rahmenvertrag", oder "Vertrag zur Erneuerung des bilateralen Weges" genannt. **Aber es ist nichts anderes als ein Kolonialvertrag, der die über 700 Jahre alte schweizerische Unabhängigkeit beenden würde.** Denken Sie daran, wenn Sie demnächst das Wort „institutionelle Anbindung“, "Rahmenvertrag", "Erneuerung des Bilateralen Weges" hören: Bundesbern verdeckt damit einen Kolonialvertrag.

II.2. Schädliche Personenfreizügigkeit

Meine Damen und Herren, leider wurde die Unabhängigkeit schon stückchenweise viel zu stark geschmälert: Zum Beispiel mit dem Vertrag zur Einführung der **Personenfreizügigkeit**. Sie könnten einwenden: Ja, aber das Volk hat dem ja zugestimmt. Es stimmt leider, aber hören Sie wörtlich, was der Bun-

desrat dem Volk vor der Abstimmung versprochen hat: **„Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet (...). Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.“ Und der wissenschaftliche Berater des Bundesrates hat damals geschrieben: „Plausibilitätsüberlegungen lassen eine Obergrenze des Einwanderungspotenzials von (netto) jährlich 10'000 EU-Angehörigen vermuten. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Erwartung, dass das Einwanderungspotenzial (netto) weniger als 8000 EU-Angehörigen pro Jahr erreichen dürfte.“** Tatsächlich hat sich der Professor um den Faktor 10 geirrt. Hätte man dem Volk gesagt, dass netto durchschnittlich 85'000 Personen pro Jahr zuwandern, also jedes Jahr eine Bevölkerungszunahme in der Grösse der Stadt Luzern, dann hätte es ganz sicher schon 1999 kein Ja zur Personenfreizügigkeit gegeben.

Darum haben – welch Glück für die Unabhängigkeit des Landes – Volk und Stände am 9. Februar 2014 die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. **Jetzt ist es der verfassungsmässige Auftrag von Bundesrat und Parlament, die Zuwanderung wieder eigenständig zu regeln, wieder Kontingente einzuführen und einen Vorrang der einheimischen Bevölkerung bei der Stellenbesetzung einzuführen.** Immer mehr Schweizer finden keine Stelle mehr, nicht nur die über 50-Jährigen. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit der Ausländer doppelt so hoch wie bei den Schweizern. 50% der Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Apropos Bedürfnis nach ausländischen Akademikern und Facharbeitern: Im Kanton Zürich sind ein volles Viertel aller gemeldeten Arbeitssuchenden Akademiker.

Die Schweiz ist überfordert, wenn jedes Jahr 85'000 Menschen zu uns strömen und wir Jahr für Jahr eine Fläche von 4'560 Fussballfelder überbauen. Das wollte und will die Schweiz nicht. Sie als die Stimmbürger und die Kantone – also die höchsten Gesetzgeber – haben entschieden: Fertig mit der Personenfreizügigkeit. Basta! Also durchsetzen! Will die EU nicht, dann macht es die Schweiz allein. **Eben weil sie unabhängig ist.**

Aber für Bundesrat und Parlament ist die Unabhängigkeit leider Nebensache. So schaffen wir uns selber ab!

II.3. Asylchaos – europaweit

Zurzeit herrscht in Europa ein Flüchtlingsdebakel. Man spricht allgemein von Flüchtlingskrise. Nein, meine Damen und Herren, in Europa – insbesondere auch der Schweiz – herrscht eine Führungskrise. **Aber hat unser Land überhaupt noch die Unabhängigkeit, um zu handeln?** Auch da sind mir die Probleme als ehemaligem Justizminister nicht unbekannt. Die Schweiz hat gemäss ihrer humanitären Tradition die echten Flüchtlinge nach Genfer Konvention jederzeit beschützt und aufgenommen. Das ist nach wie vor kein Problem. Doch wir alle wissen, dass es sich aktuell bei 95% nicht um echte Flüchtlinge, sondern um eine reine Völkerwanderung aus wirtschaftlichen Gründen geht. Doch was geschieht entgegen dem gültigen Asyl- und Ausländerrecht? **Fast zwei Drittel dürfen nach aufwendigen Verfahren als „vorläufig Aufgenommene“ hierbleiben und ihre Familien nachziehen lassen** – wobei die Afrikaner weit umfassendere Familienbegriffe haben als wir! Jetzt sollen sie auch noch Gratis-Anwälte bekommen. Dabei wäre es einfach: Wenn zu viele unechte Flüchtlinge kommen, müssen sie an der Grenze gestoppt und in ihr Land zurückgeschickt werden. Aber man muss es tun. Nur die Verantwortungslosen berufen sich auf die EU und die eigene Unfähigkeit. Haben wir denn die eigene Souveränität schon aus den Händen gegeben? **So schafft sich ein Land selber ab.**

Ein unabhängiger, handlungsfähiger Staat sollte all dies nicht akzeptieren. Statt den Unfug abzustellen, sendet **Frau Bundesrätin Sommaruga die Botschaft in die weite Welt hinaus: „Es ist undenkbar, dass die Schweiz Menschen in einen Willkürstaat zurückschickt.“** **Zwei Drittel der globalen Menschheit lebt in Willkürstaaten.** Das sind etwa 3 Milliarden Menschen, die eingeladen werden. Das ist Hochmut und Grössenwahn statt bescheidener Departementsführung. Man baut Asylzentren und setzt die für uns Bürger geltenden Bau- und Zonenordnungen kurzerhand ausser Kraft. Die angeblich an Leib und Leben Gefährdeten reisen nach Hause in die Ferien, wollen nicht in Luftschutzanlagen wohnen und beklagen sich über das Essen. Entschuldigung, ich habe im Militär viele

Tagen unter dem Boden gelebt und dort auch nicht jeden Tag Hummer und Kaviar gegessen! **Hier zeigt sich: Nicht nur die Unabhängigkeit, sondern auch der Rechtsstaat und die Demokratie werden zugrunde gerichtet.**

II.4. Schengen/Dublin ist gescheitert

Nachdem man dem Schweizer Volk versprochen hat, durch die Unterzeichnung von Schengen/Dublin, würden viel weniger bis keine Asylsuchenden ins Land kommen, passiert genau das Gegenteil. **Der Vertrag von Schengen/Dublin und damit die EU-Sicherheits- und Asylpolitik ist vollständig gescheitert.** Hunderttausende, bald Millionen drängen ins gelobte Europa. Grenzzäune werden durchbrochen, Eisenbahnzüge erstürmt. Es drohen Krawalle, Ghettobildung, Gefahr am Eigentum, ja vielleicht bald am Leben. Moralisch handelt nicht, wer jetzt nichts unternimmt. **Mit der Duldung der illegalen Migration ermöglichen wir die organisierte Kriminalität des Schlepperunwesens und gefährden Menschenleben.** Es gibt nichts anderes als eigenständig zu handeln und die falschen Flüchtlinge schon an der Grenze zurückzuweisen.

Die NZZ hat unlängst getitelt, was eigentlich längst jeder weiss: **„Dublin ist toter Buchstabe.“** Die Verträge von Schengen und Dublin sind gescheitert. Dublin erinnert an eine kindliche Sandburg, wenn die Flut kommt. Angesichts der nicht abreissenden Migrantenströme hat Europa vollkommen kapituliert und erklärt jeden zum Flüchtling. Unsere Politiker haben das Land 2005 ins angebliche EU-Sicherheitssystem getrieben. Der Bundesrat log in der Abstimmungsbroschüre: **„Die Kosten von Schengen und Dublin belaufen sich in den nächsten Jahren auf durchschnittlich 7,4 Millionen Franken pro Jahr.“** In Wirklichkeit sind es über 134 Millionen plus Milliarden Kohäsionszahlungen fürs Mitmachendürfen. Aussenministerin Calmy-Rey (SP) versprach: *„Der Vertrag von Dublin wird uns helfen, die Zahl der Asylgesuche zu vermindern.“* Wirtschaftsminister Deiss (CVP) erklärte, Schengen/Dublin sichere das Bankgeheimnis und bringe der Schweiz *„mehr Vor- als Nachteile“*. Bundespräsident Schmid (heute BDP) behauptete, die „Dubliner Zusammenarbeit“ führe zur *„Entlastung des Asylwesens von Zweitgesuchen und Asyltourismus“*. Und die damalige Ständerätin Simonetta Sommaruga (SP) bekannte: *„Ich halte die inter-*

nationale Zusammenarbeit in Flüchtlingsfragen – und damit das Dubliner Abkommen – für grundsätzlich sinnvoll und vertretbar.“ **Dass sich die Schweiz damit selber aufgibt – davon hat sie nichts gesagt.**

III. Gefährdete direkte Demokratie

Meine Damen und Herren, das Schweizer Volk hat 2006 mit fast 70% Ja-Stimmen ein strengeres Asyl- und Ausländergesetz angenommen. Frau Sommaruga gehörte zur 30%-Minderheit der Nein-Sager. Jetzt verstehen Sie auch, warum Bundesbern dieses Gesetz nicht vollziehen will. Auch das Bundesverwaltungsgericht stellte sich über das Volk und verhindert den Vollzug. **Da sind wir bei der Gefährdung der zweiten Staatssäule, der direkten Demokratie. Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen, wenn sie der Classe politique nicht gefallen.**

Die **Ausschaffung schwer krimineller Ausländer** passt den Regierenden nicht, also wollen sie das vom Volk angenommene Anliegen nicht durchsetzen.

Die **Massenzuwanderungsinitiative** wird ebenfalls nicht akzeptiert und kommt auch nach eineinhalb Jahren nicht vom Fleck.

Man schränkt das **Initiativrecht** ein, will Volksinitiativen zunehmend für ungültig erklären oder die Unterschriftenbogen – wie eine Gifflasche – mit Warnhinweisen versehen.

Wie in keinem anderen Land der Welt steht die Bürgerschaft bei uns zuoberst. Der Staat ist für die Bürger da und nicht umgekehrt. **Aber diese Volkssouveränität wird zunehmend eingeschränkt und ausgehebelt.** Man verweist auf fremdes Völkerrecht und stellt es über das vom Volk gutgeheissene Landesrecht. Wie wenn Völker – und nicht Funktionäre und Politiker – dieses Völkerrecht erfunden hätten! **Meine Damen und Herren, hier geht es um die grundlegendste, ernsteste Frage für uns Bürger: Wer entscheidet in unserem Gemeinwesen?** Sind es Politiker, Professoren, Richter in Lausanne oder

Strassburg, sind es irgendwelche internationale Kongresse? Die entscheidende Frage des Staats ist: Wer erlässt das Recht? Wer bestimmt?

In der Schweiz ist die Antwort seit Jahrhunderten klar: **Es ist das Volk – der Souverän – als oberste Instanz.** Niemand sonst. Auch nicht die Richter dürfen über unser Zusammenleben über den Kopf der Stimmbürger hinweg entscheiden. Die Behörden – Parlament, Regierung, Verwaltung, die Gerichte – sind an das von der Mehrheit des Volkes erlassene Recht gebunden. **Das Recht und gerade auch die Menschenrechte – das hat die Geschichte eindrücklich bewiesen – sind in der Demokratie besser aufgehoben als in einem Gremium einiger Richter.**

Der deutsche Bundespräsident Gauck warnte allerdings bei seinem Staatsbesuch in der Schweiz: "Das Volk kann auch irren". **Aber wenn wir die Fehlentscheide des Schweizer Volkes der letzten hundert Jahre mit denen von deutschen Kaisern, Diktatoren und Politikern vergleichen, dürfen wir immerhin feststellen, dass das Schweizer Volk weniger geirrt hat als viele europäische Politiker.** Damit sich unsere Richter und Politiker nicht ständig hinter dem nicht zwingenden Völkerrecht verbergen können, hat die SVP ihre wichtige **Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremder Richter“** lanciert.

IV. Bedrohte Neutralität

Auch unsere höchst erfolgreiche Staatssäule der Neutralität ist heute ernsthaft bedroht. Niemand wagt das zwar offen auszusprechen, denn Umfragen zeigen immer wieder, dass die Neutralität von 95 Prozent unserer Bürgerinnen und Bürger unterstützt wird. **Aber der Bundesrat beschliesst im Schlepptau der EU neutralitätswidrige Boykottmassnahmen.**

Die offizielle Schweiz mischt sich zunehmen in internationale Konflikte, verteilt Zensuren und betreibt eine Diplomatie des erhobenen Zeigefingers, statt des guten Vorbildes.

Der Bundesrat will die Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat führen, der über Krieg, Frieden und die Hungerwaffe von Boykotten beschliesst. Wie will da die Schweiz neutral bleiben?

Die frühere Aussenministerin Calmy-Rey hat den Begriff „aktive Neutralität“ erfunden. Dabei ist doch Neutralität immer eine passive Sache. **„Aktive Neutralität“ ist doch ein Widerspruch in sich selber. Sie können auch nicht sagen: ein sparsamer Sozialdemokrat!**

V. Föderalismus wird untergraben

Genau wie die Staatssäule Neutralität ist auch das Erfolgsmodell Föderalismus gefährdet. Der Föderalismus, das Mitbestimmungsrecht von souveränen Kantonen und eigenständigen Gemeinden, hat den Bürgern die bestmögliche Mitbestimmung in überschaubarem Rahmen gewährt. Je bürgernäher die Entscheide sind, desto weniger wird Geld verschleudert. Zentralistische Entscheide über die Köpfe der Bürger führen zu Resignation, Politikverdrossenheit und Misswirtschaft. Doch die Mehrheit im offiziellen Bern will immer mehr Macht an die EU-Zentrale in Brüssel abgeben. Man will den Wettbewerb von Kantonen und Gemeinden ausschalten, man will, dass die Gemeinden immer weniger das Sagen haben. Man will die Schule, die Kindererziehung, die Krippenplätze, das Wohnen, die Steuern immer mehr zentralisieren und die Freiheit der Bürger immer mehr einschränken, Kantone und Stimmbürger sollen möglichst wenig zu sagen haben! So schafft sich die Schweiz selber ab.

VI. Sozialismus statt liberale Marktwirtschaft

Meine Damen und Herren, hier sind wir schliesslich bei der letzten Säule unseres Erfolgsmodells, der liberalen Marktwirtschaft. Die Schweiz kann nicht gleich sein wie die andern, **sie muss besser bleiben.** Gleich lange Spiesse reichen nicht, wir brauchen längere Spiesse, wie wir das bisher hatten. Wir wollen Schweizer Qualität, nicht „internati-

onale Standards“, von denen die Finanzministerin immer wieder erzählt. **Oder wollen Sie internationale Standards beim Einkommen? Wollen Sie internationale Standards bei der Lebensqualität, bei den Sozialwerken, im Gesundheitswesen oder im Bildungsbereich?** Die Abschaffung des Föderalismus, die Förderung des Zentralismus, die Harmonisierung zwingt uns hinabzugestiegen ins Mittelmass. So schaffen wir uns selber ab!

Erstmals seit 1848 hatten wir die vergangenen vier Jahre eine Linksmehrheit im Bundesrat und im Parlament. Dazu kommt eine Verwaltung, die schon zuvor auf der linken Seite stand. Endlich gehen bald auch dem Letzten die Augen auf: Die so genannt bürgerlichen Parteien CVP, BDP und Grünliberale stimmten mehrheitlich mit Links. Es steht bürgerlich drauf, aber es ist nicht Bürgerliches drin! **Das süsse Gift des Sozialismus breitet sich überall aus.** Statt dem bisherigen Erfolgsrezept eines möglichst schlanken Staates gehen wir den Irrweg von immer mehr Regulierungen, Bürokratie, Verbote, Gebote, Vorschriften, Umverteilung, höheren Steuern und Abgaben. **Der Staat wird immer mächtiger, seine Bürger werden immer schwächer.**

Aus gutem Grund mussten bislang **Steuererhöhungen** immer durch die Bürger genehmigt werden. Neuerdings darf die Verwaltung Erhöhungen von **CO2-Abgaben** selbständig beschliessen! Die Radio- und Fernsehgebühren wurden zu einer **geräteunabhängigen Steuer**, die der Bundesrat eigenständig erhöhen darf.

All dies wurde von so genannt bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden ebenso mitgetragen wie **staatlich unterstützte Innovationsparks.**

Wir investieren in Staatsbeton statt in schöpferische Köpfe und tüchtige Hände! Wir haben die staatlichen Forschungsprogramme – insbesondere mit der EU – ständig ausgeweitet. Mit welchem Erfolg? Seither sind die früher regelmässig an Schweizer Forscher verliehenen Nobelpreise ausgeblieben.

Mit so genannten „flankierenden Massnahmen“ zerstören wir das Erfolgsmodell des liberalen Arbeitsmarktes.

Stattdessen setzen die Politiker und leider auch die Wirtschaftsfunktionäre auf **staatlich diktierte Mindestlöhne, allgemein verbindliche Gesamtarbeitsverträge, Lohnkontrollen, Geschlechterquoten, immer weitergehenden Kündigungsschutz** usw. Kurz: **Wir gefährden unseren bisher so erfolgreichen Wirtschafts-, Arbeits- und Werkplatz und setzen stattdessen auf längst gescheiterte sozialistische Rezepte.** Und schaffen so schlussendlich den Erfolgsfall Schweiz ganz ab.

Gibt die Schweiz sich selber auf? Nun, meine Damen und Herren, eine erste Antwort werden wir in den nächsten Jahren erhalten. **Es gilt, den von Bundesrat und Parlamentsmehrheit vorgeschlagenen Rahmenvertrag mit der EU zu bekämpfen.** Zu diesem Zweck haben wir die Organisation „**EU-NO**“ gegründet, einen Zusammenschluss vieler Vereinigungen, die für das Erfolgsmodell einer eigenständigen Schweiz eintreten. **Ich weiss, dass ich mich dabei seit Jahrzehnten auf die „Schweizerzeit“ und ihre Leserinnen und Leser verlassen kann.** Der grösste Kampf seit dem EWR-Vertrag von 1992 kann beginnen. **Mit Ihnen nehme ich ihn gerne auf und freue mich drauf! Und dies alles, damit sich die Schweiz nicht selber aufgibt – sich nicht selber abschafft.**